

Oberschlesische Zeitung

Einzelnummer 2000000 M.

Das Volksblatt für Stadt und Land

Samstags-Nr. 2.500.000 M

Gründet 1871. Bezugspreis: Ausgabe A mit illustrierter Beilage monatlich 10.000 Mark. Ausgabe B ohne illustrierter Beilage monatlich 10.000 Mark. Wagnispreisgebühren: Geschäftsgeb. 30.000. Mark. Postgebühren: Die 10 tägliche Postzeitung oder deren Raum 20. Mark.

Redaktions-Zentrum! Beuthen 459

Pro fide et patria

Geschäftsstellen-Zentrum! Beuthen 56

Überbald Oberbaldens und amtliche Anzeigen 25. - Markt. Restamante 20. - Wagnis-Übersichten 1500 Wkt. - Briefe (Freiabend) Redaktion und Geschäftsstellen Beuthen O.-S., Pletzerstraße 9.

Preisgabe des passiven Widerstandes.

Neueste Nachrichten.

Der Bericht der japanischen Marine infolge des Erdbebens wird amtlich auf 100 Millionen Yen geschätzt.

Der Reichsenrat des preussischen Landtages ist für Mittwoch, 26. September, einberufen worden, um sich über die Frage der Einberufung des Landtages bereits vor dem 16. Oktober schlüssig zu werden.

Vom 26. bis 28. September einschließlich beträgt das Goldausgabeland 3479 999 900 Prozent (eine Goldmark gleich 3400 000 Papiermark).

Der Umrechnungsfuß für die Landabgabe beträgt vom 26. bis 28. September einschließlich 34 800 000 M für je eine Goldmark.

Newport Herald meldet aus Washington, Präsident Coolidge werde eine Rede auf dem Kongreß des amerikanischen Roten Kreuzes halten.

Nach der W. J. a. M. zogen die Preise in der Marktsalle am Magdeburger Platz erneut an, besonders auf dem Getreide- und Fleischmarkt. Die Fleischhändler hatten bis 11 Uhr freie Hand, da erst dann die Großhandelspreise aus der Zentralmarktsalle bekannt wurden, worauf die Fleischpreise eintrifft. Nur bei der Preisgestaltung für Kartoffeln auf rund 600 000 Mark je Pfund zeigte sich das Sinken des Dollars.

Die deutsche Wochsicht in Paris wurde beauftragt, gegen die Befestigung des Schlosses in Martheim durch französische Truppen bei der französischen Regierung die schärfste Verwahrung einzulegen.

Reichstagsbeginn erst Freitag.

Berlin, 25. Sept. Die Vollziehung des Reichstags, die für Mittwoch dieser Woche in Aussicht genommen war, ist, wie der „Grenzbotenwachen“ aus parlamentarischen Kreisen mitgeteilt wird, vorerst auf Freitag dieser Woche verschoben worden.

Gegen bedingungslose Unterwerfung - für härteste Fortsetzung des passiven Widerstandes.

Köln, 25. Sept. In einer längeren Abhandlung in der „Kölnischen Zeitung“, betitelt „Vor schweren Entscheidungen“, warnt der Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Johann Weddemann, in Essen vor einer bedingungslosen Unterwerfung, falls die Gelegenheit eine Verhandlung im Ruhrkongress ablehnen sollte. Eine solche Unüberlegtheit würde unserem Selbstmord gleichkommen. Der Verfasser meint, daß sich keine deutsche Regierung zu einer Kapitulation unter Preisgabe unserer staatlichen und wirtschaftlichen Lebensrechte bereitfinden wird. Die grundsätzliche Einstellung der vielen Hunderttausende, die im Einbruchgebiet in dem Verband des Deutschen Gewerkschaftsbundes zusammengeschlossen sind, könne und werde sich auch künftig nur in schärfster Ablehnung der fremden Unterdrückungs- und Vernichtungspläne äußern.

Die deutsche Gefahr.

Lond. on, 24. Sept. Hunter meldet aus Vancouver, Lord Butehead erkläre in einer Rede, es sei lebenswichtig für England, daß Deutschland die Last der Reparationsabgaben auf sich geladene werde, da sonst der deutsche Wettbewerb das Ende des britischen Reiches herbeiführen könne.

Berlin, 25. September. Gestern mittags 12 Uhr fand eine Besprechung des Reichskabinetts mit den Vertretern aller politischen Parteien aus dem besetzten Gebiet statt. Der Reichskanzler legte die finanzielle Lage des Reichs dar, die bei längerer und weiterer Zahlung der Ruhrrenten wirtschaftliche, soziale und innenpolitische Folgen zeitigen könne und voraussichtlich zeitigen müsse, die von der Regierung und dem Volke nicht getragen werden könnten. Er gab bekannt, daß die Bemühungen der Reichsregierung mit den ehemaligen Feindmächten zu Abmachungen zu gelangen, die Deutschland die Erfüllung seiner hauptsächlichsten Forderungen, Rückführung der Vertreibungen, Befreiung der Gefangenen, Wiederherstellung der Selbstrechte am Rhein und der Ruhr schon vor Abbruch des passiven Widerstandes, zu sichern, erfolglos geblieben sind, damit ist auch von der Fortsetzung des passiven Widerstandes ein Ergebnis für eine Befreiung der außenpolitischen Lage nicht mehr zu erwarten. In der sich an die Darlegung des Reichskanzlers anschließenden Besprechung stellten sich die Vertreter der Parteien des besetzten Gebietes mit Ausnahme der Deutschnationalen, geschlossen auf den Standpunkt, daß aus den sich aus der finanziellen Erschöpfung ergebenden zwingenden Gründen für den Abbruch des passiven Widerstandes der unvermeidliche Schluß gezogen werden müsse,

sonst bestehe die Gefahr, daß der passive Widerstand, der eine wirkliche Waffe gegen den rechtswidrigen Einbruch war, zu einer Waffe gegen das eigene Volk werde.

Die anwesenden Vertreter von Rhein und Ruhr würden es übernehmen, die Bevölkerung der besetzten Gebiete zur geordneten Arbeit zurückzuführen. Nachdem die politischen Parteien ihre Erklärungen abgegeben hatten, erklärte der Reichskanzler, daß die Verantwortung für den Einbruch zum Abbruch des von der Rhein- und Ruhrbevölkerung seit neun Monaten geführten passiven Widerstandes allein von der Reichsregierung getragen werde, und er sprach gleichzeitig den Vertretern der Parteien seinen Dank für die Bereitwilligkeit aus, bei der Durchführung der nunmehr notwendigen Maßnahmen mitzuwirken.

In diesem Zusammenhang sei auch darauf verwiesen, daß an den rheinischen Großindustriellen wegen der Verwertung der vom Reich gewährten Kredite scharfe Kritik geübt worden ist. Die Industriellen sind daher beim Reichler bestrebt geworden und haben ein umfangreiches Zahlenmaterial vorgelegt. Die Reichsregierung steht auf dem Standpunkt, daß eine Erörterung dieser Frage im gegenwärtigen Zeitpunkt nicht zweckmäßig ist, da sie dem Gegner nur Zahlenmaterial über die Verwendung der Ruhrrenten bringen würde.

Die Liquidation des passiven Widerstandes.

Beuthen, 25. September 1923.

z. Wenn ein Vater ins Grab gelangt wird, gehört es zu den bei uns höchsten Geschehnissen, daß man ihm eine schöne Grabrede hält. Man hat nun gestern im Reichskabinet den ebenen so laut gelobten passiven Widerstand begraben. Die Arbeiter haben im Aufbruch zur Arbeit zurückzukehren. Die erste Bedingung Poincarés ist erfüllt. Welche Wirkungen die Aufgabe des passiven Widerstandes auf das Ruhrgebiet, auf die innerdeutsche Lage und auf die jetzt notwendigerweise einsetzenden Verhandlungen mit Frankreich haben wird, steht noch dahin. Die Mitglieder dieses Systems werden nicht so ohne weiteres mit dieser Lösung einverstanden sein. Die einen und andere, die für ihr mutiges Verhalten Opfer und Entbehrungen, Gefährdungen erlitten haben, werden sich preisgeben fühlen. Das Gefühl der Erbitterung kann sich gegen die augenblickliche Reichsregierung setzen und als Folge könnte schließlich zum Schluß eine Stürmung der separatistischen Bewegung gebucht werden. Sei dem wie ihm wolle: Der passive Widerstand mußte aufgegeben werden, weil es technisch gar nicht mehr möglich war, die nötigen Ruhrrenten für das besetzte Gebiet bereitzustellen. Die passive Vera Cimos ist zu Ende. Wir haben eine und zwar die entscheidende Schlacht verloren; über die weitere Zukunft gibt kein Drehen und kein Denken hinweg.

Die zweite Frage, die nunmehr gelöst werden muß, ist die brennende Frage des Rheinlandes. So wie die offiziellen Verhandlungsmandate des holländischen RZV, kunden, liegen die Dinge nicht. Die separatistische Bewegung hat erheblich an Boden gewonnen; daß sie nicht größeren Umfang annimmt, liegt in der Qualität der Führer begründet, Dörren, Smeets und Jandel-Waltes als Wirtschafts-Mitglieder sind bei der rheinischen Bevölkerung verachtet. Auf dem linken Rheinufer und in der Wiesbadener Gegend wie auch in der Aachener Gegend hat die separatistische Bewegung erheblich an Boden gewonnen, nicht zuletzt wegen des Mißtrauens, der mit dem neuen Widerstand von einem Teil der nicht holländischsprachigen und nicht einheimischen Bevölkerung getrieben worden war.

Somit steht fest: eine gewisse territoriale Selbständigkeit innerhalb des Rahmens des Deutschen Reiches wird von dem Großteil der rheinischen Bevölkerung begrüßt; die Stimmen aus Köln, die anders lauten, haben

sehr wenige Anhänger hinter sich. Bemerkenswert ist in dieser Hinsicht ein Ausfall des Reichstagsabgeordneten Dr. Deemann in der bayerischen Presse, der darauf hinweist, daß die Dinge sich zweifellos anders entwickelt hätten, wenn der Gedanke des rheinischen Bundesstaates, wie er von Dr. Froberger, Kuchhoff, Dr. Kallert gefordert wurde, nicht von deutschnationaler, demokratischer und sozialistischer Seite als Hochverrat bezeichnet worden wäre. Daß die baherische Volkspartei in der Provinz sich für diese Forderungen zur Verfügung stellt, ist ein schlagender Beweis dafür, daß man in Bayern Großpreußen aufhört und daß man an ein föderalistisches Deutschland denkt. Wenn der ungeliebte Unitarismus als hässliches Prinzip verworfen würde, würde zweifellos alles reichhaltiger und friedlicher vor sich gehen, als es augenblicklich der Fall. Das deutsche Volk hat nun einmal keinen Glauben an einen schematischen Zentralismus. Doch sei dem, wie ihm wolle, die rheinische Frage ist bei dem heutigen Stand der Politik eine europäische Frage geworden. Wie sich England stellt, ist noch sehr unklar. Soviel scheint festzustellen, daß sich England gegen die Auflösung des Rheinlandes aus dem Verband des Deutschen Reiches ausgesprochen hat.

Mit der Preisgabe des passiven Widerstandes ergehen sich aber schwere Gefahren nach rechts her. Die nationalindischen Verbände haben unverkennbar mit dem Bürgerkrieg angebrochen.

Nach den bisherigen Berichten hat in Ansbach nicht Bille, sondern der Kommandant der Ansbacher Truppen, Herrmann, die Organisation „Reichshilfe“, zusammen mit A. D. H. das große Wort geführt. Ich meine, Stresemann sei, ein Angehöriger des Marxismus, und man müsse jetzt mit Gewalt, Waffengewalt und mit den paar Kanonen, die man habe, marschieren, um die deutsche Frage in Berlin von bayerischen Händen lösen zu lassen. Der Schluß der Rede erklärte ausdrücklich, daß die nationale Revolution unter dem „Banner Schwarz-weiß-rot“ jetzt gewollt werde. Inzwischen war noch die Erklärung, daß man nicht mehr viel Zeit habe, da die Zeit nicht für, sondern gegen diese Bewegung arbeite. Die darauf folgende Anrede Ludendorfs über die deutsche Frage ist sehr interessant, da sie die größte Zurückhaltung dem Sinn nach die Unmöglichkeit des Bürgerkrieges. Es wird auch berichtet, daß die Demonstranten sich für-

Die Lage in Baden.

Offenburg, 24. Sept. In einer Sitzung der Delegierten und Betriebsräte sowie der Angestelltenvertreter des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes am Freitag wurde beschlossen, von Sonnabend ab passiven Widerstand zu üben. Die Zeitungen würden nur unter der Voraussetzung erscheinen, daß sie die Berichte der Arbeiterkräfte ohne weitere Zusätze der Redaktion aufnehmen.

Die „Offenburger Zeitung“ hat für sich, um das Weitererzählen des Blattes zu ermöglichen, diese Zusage gemacht. Sie druckte in ihrer gestrigen Nummer die Einschüßungen und Veröffentlichungen der Streitenden kommentarlos ab.

nicht mit der Augsburger Reichswehrdivision verdrängen.

Am gleichen Tage (Sonnabend) hat der deutsche Kampfbund, Kampfgemeinschaft Bayern, eine Eingabe an den bayerischen Ministerpräsidenten gerichtet, in der auf die schärfste gegen den bayerischen Innenminister Schwegler Stellung genommen wurde, dem man, wohl wegen seiner letzten Kundgebung gegen die militärischen Ausschreitungen der Vaterländischen Verbände, jedes Vertrauen kündigt.

Herr Ludendorff, der im Falle der Politik wie ein Freilicht herumtritt, hat eine schwere Wunde auf sich geladen, wenn es tatsächlich den Hauptpartnern gelingen sollte, loszukommen. Das Ende des Reiches und der Bürgerkrieg wären die Folgen seiner aktivistischen Politik. Die Gefahr des unbefohlenen Vorgehens ist aber schon deswegen riesengroß, weil die Gesamtheit knapper werden. In Bayern bilden sich Abwehrorganisationen von links. Wenn die Dinge so weiter gehen, gleicht Deutschland einem Meerlager. Das dabei das Reich zugrunde geht, ist selbstverständlich. Manches mag gut gemeint sein, aber die Drahtzieher übersehen den gewichtigen Umstand, daß sie eigentlich die Geschäfte Frankreichs besorgen.

Wir sehen so in dieser Woche vor uns, schweren Ereignissen. Die Preisgabe des passiven Widerstandes hat Folgen im Ruhrgebiet, sie hat aber auch innerpolitische Auswirkungen. Der deutsch-nationale Führer Berg, in Oberloosen wertig rühmlich bekannt aus seiner Tätigkeit in Döbeln, verlangt in Schwern. Man soll die Franzosen ruhig weiter nach Deutschland marschieren lassen - die rechte Katastrophenpolitik!

Wir Deutschnationalen aber denken anders (als Stresemann). Wir glauben an eine machtpolitische Lösung. Das bedeutet nicht ohne weiteres, daß wir einen Krieg mit Frankreich wünscheln. Es wäre schon ein fürchterliches Mißho für Frankreich, wenn es versuchen würde, weiter vorzudringen in Deutschland. Man sollte die Franzosen endlich einmal vor das Mißho stellen und man wird sehen, daß es dieses Mißho nicht einlegt. Niemand haben wir dem Feinde gegenüber von diesem Mittel Gebrauch gemacht.

Stresemann hat es nicht leicht, wie er es macht, ist es nicht recht. Er merkt nun an eigener Weisheit, wie undenkbar es ist, die einzig mögliche deutsche Realpolitik zu betreiben. Wenn er zurückblickt auf die Jahre von 1917 bis 1922, dann wird er aber finden, daß bei seiner Partei ein Teil der moralischen Schuld liegt, daß die Realpolitik, wie sie von Erzberger und Wirth eingeleitet worden war, scheiterte. Dessen war, daß in der letzten Minute vor zwölf Uhr das Verantwortungsbewußtsein gefühl über den Nationalismus und über Katastrophenpolitik liegt. Das deutsche Volk ist für den Bestand oder für den Verfall des Reiches selbst verantwortlich.